

38-Stunden-Woche für Angestellte des Kantons nimmt erste Hürde

Coup für SP-Politiker Kabakci Mit der Unterstützung von Abweichlern: Das Basler Parlament spricht sich für eine Arbeitszeitreduktion aus. Der Kanton soll als Arbeitgeber attraktiver werden.

Jan Amsler

Der Grosse Rat hat gestern einen Vorstoss überwiesen, der zum Ziel hat, die wöchentliche Arbeitszeit für Kantonsangestellte von heute 42 auf neu 38 Stunden zu reduzieren – bei gleichbleibendem Lohn und mit dem notwendigen Stellenzuwachs.

Der Entscheid stand auf Messers Schneide: 48 Parlamentsmitglieder waren dafür, 46 dagegen, 1 Enthaltung. Das ist ein Erfolg für den 27-jährigen SP-Grossrat Mahir Kabakci: Er hat bis zur letzten Minute für das Anliegen gewebelt und gewonnen.

Die Enthaltung stammt von SVP-Grossrat Felix Wehrli. Sein Abstimmungsverhalten ist insofern speziell, als er den Vorstoss mitunterzeichnet hatte im Gegenzug dafür, dass Linke auch eines seiner Anliegen unterstützen. Seinen Teil des Deals hat er nur halb eingehalten.

Der Weg ist noch weit

Wehrli ist aber nicht der Einzige, der den Vorstoss unterschrieben hat, zwischenzeitlich jedoch zu anderen Ansichten gekommen ist. Johannes Sieber und Bülent Pekerman drückten ebenfalls den Nein-Knopf und stimmten damit so wie der Rest ihrer GLP-Fraktion. Auch Christoph Hochuli von der Fraktion Mitte/EVP wollte vom mitunterzeichneten Vorstoss nichts mehr wissen. Eine Überraschung gab es auch in anderer Richtung: Als einziges freisinniges Parlamentsmitglied heisst Karin Sartorius den Vorstoss gut.

Angenommen, die Abwesenden hätten im Sinne ihrer Fraktionen gestimmt, wären die Abweichler Sartorius und Wehrli letztlich ausschlaggebend gewesen. LDP, SVP, Mitte/EVP, GLP und FDP waren dagegen, die SP und das Grün-Alternative Bündnis dafür. Das äusserst knappe Mehrheitsverhältnis zeigt denn auch, dass der Weg zur tatsächlichen Realisierung des Begehrens noch weit ist. Die Kantons-



Strippenzieher im Hintergrund: SP-Grossrat Mahir Kabakci. Foto: Kostas Maros



Grosser Rat

Berichterstattung aus dem Rathaus

regierung hat nun drei Monate Zeit, um eine Stellungnahme zu verfassen. Dann kommt das Geschäft erneut ins Parlament, wobei es einer weiteren Zustimmung bedarf, bevor die Regierung eine Umsetzung erarbeitet.

Mahir Kabakci ist bewusst, dass noch viel passieren kann.

Aber durch die Erstüberweisung würde nun dargelegt werden, «was Fakt ist und was eine Umsetzung konkret bedeuten und kosten würde», wie er auf Anfrage sagt. Auch die Regierung könne das als Anlass dazu nehmen, «sich ernsthafte Gedanken darüber zu machen, wie man auf den

Arbeits- und Fachkräftemangel reagieren will». Der Kanton als einer der grössten Arbeitgeber im Kanton müsse «rechtzeitig Massnahmen ergreifen, um qualifiziertes Personal zu halten und weiterhin anziehen zu können».

Ein «Megatrend»

Auf diese Weise argumentieren auch die anderen Unterstützerinnen und Unterstützer des Vorstosses. Pascal Pfister als offizieller Urheber sagte, die Reduktion der Arbeitszeit entspreche «einem Megatrend». Dabei werde der Kanton von gewissen Branchen, aber auch von anderen Kantonen überholt.

Pfister plädierte ausserdem dafür, Massnahmen zu ergreifen, um Menschen zum Arbeiten zu bewegen. Dabei dachte er an einen Angebotsausbau bei der Kinderbetreuung, aber auch an Migrierte, die gemäss heutiger Regelung nicht arbeiten dürfen, oder Arbeitslose über 50.

Kritiker wie SVP-Grossrat Lorenz Amiet hingegen sahen im Vorstoss «eine klassische Giesskannenvorlage», die nicht nur dort ansetze, wo tatsächlich Bedarf bestehe. Zudem würde sich der Kanton hier mit Steuergeldern einen Vorteil im Wettbewerb um Arbeitskräfte verschaffen. Insbesondere KMU könnten nicht mithalten. Andere wie Tobias Christ (GLP) oder Michael Hug (LDP) befürchten, der Arbeitskräftemangel würde gar verschärft, weil das Personal dafür fehle, um die reduzierten Pensen zu kompensieren.

Auch die Regierung wollte den Vorstoss nicht überwiesen haben. Finanzdirektorin Tanja Soland (SP) sagte, das Thema Attraktivität ohnehin näher anzuschauen. Das Konkurrenzdenken zwischen Privatwirtschaft und Kanton störte sie, wo es für den Standort doch «wichtig ist, dass wir verschiedene attraktive Arbeitgeber haben». Nun muss sie sich dennoch mit der Forderung beschäftigen.